Niederschrift

Sitzung des **Rates** der Stadt Bornheim am Donnerstag, **29.09.2011**, 18:00 Uhr, in der Aula der Europaschule Bornheim, Goethestraße 1, 53332 Bornheim

X	**Öffentliche Sitzung**	Sitzung Nr.	47/2011
	Nicht-öffentliche Sitzung	**Rat Nr.**	**5/2011**

Anwesende

Bürgermeister

Henseler, Wolfgang	SPD	

Mitglieder

Bandel, Helga	CDU-Fraktion	
Breuer, Paul		
Deussen-Dopstadt, Gabriele	Bündnis90/Grüne	
Donix, Michael	CDU-Fraktion	
Dopstadt, Julian	Bündnis90/Grüne	
Feldenkirchen, Else	UWG/Forum-Fraktion	
Feldenkirchen, Hans Gerd	UWG/Forum-Fraktion	
Freynick, Jörn	FDP-Fraktion	
Gruneberg, Julia	SPD-Fraktion	
Hanft, Wilfried	SPD-Fraktion	
Hartmann, Sebastian	SPD-Fraktion	bis TOP 28
Heller, Petra	CDU-Fraktion	
Hönig, Heinrich	CDU-Fraktion	bis TOP 4 tw.
Jaritz, Karin	SPD-Fraktion	
Keils, Ewald	CDU-Fraktion	
Kleinekathöfer, Ute	SPD-Fraktion	
Knott, Thorsten	FDP-Fraktion	
Koch, Christian	FDP-Fraktion	
Kretschmer, Gabriele	CDU-Fraktion	
Krüger, Frank W.	SPD-Fraktion	
Krüger, Ute	SPD-Fraktion	
Kuhl, Sebastian	CDU-Fraktion	
Kuhn, Arnd Jürgen Dr.	Bündnis90/Grüne	ab akt. Stunde
Kuhnert, Uwe	CDU-Fraktion	
Marx, Bernd	Bündnis90/Grüne	
Montenarh, Stefan	CDU-Fraktion	
Müller, Heinz	UWG/Forum-Fraktion	
Nipps, Ursula	CDU-Fraktion	nach Eröffnung
Odenthal, Kurt	CDU-Fraktion	
Pacyna, Michael Dr.	Bündnis90/Grüne	ab akt. Stunde
Paschmanns, Dieter	SPD-Fraktion	
Paulsen, Michael	CDU-Fraktion	
Rech, Wilhelm	CDU-Fraktion	
Schausten, Manfred	SPD-Fraktion	
Schmitz, Heinz Joachim	Bündnis90/Grüne	
Stadler, Harald	SPD-Fraktion	
Stüsser, Peter	CDU-Fraktion	
Velten, Konrad	CDU-Fraktion	

Wingenbach, Matthias CDU-Fraktion
Wirtz, Hans-Dieter CDU-Fraktion
Züge, Rainer SPD-Fraktion

Verwaltungsvertreter
Brühl, Gerhard
Cugaly, Ralf Kämmerer
Gennrich, Georg
Hennings, Albrecht
Schier, Manfred Erster Beigeordneter
Schnapka, Markus Beigeordneter

Schriftführerin
Altaner, Petra

Nicht anwesend (entschuldigt)
Berg, Peter van den
Siebert, Hans-Martin FDP-Fraktion
Söllheim, Michael CDU-Fraktion

T a g e s o r d n u n g

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
	Öffentliche Sitzung	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	
2	Einwohnerfragestunde	
3	Entgegennahme der Niederschrift über die Sitzung Nr. 39/2011 vom 21.07.2011	
4	Bebauungsplan 220 C (Ortsteil Hersel), 2. Änderung und 1. Erweiterung; Offenlagebeschluss	289/2011-7
5	Bebauungsplan 220 C (Ortsteil Hersel), 3. Änderung und 2. Erweiterung;- Einleitung und Offenlage	408/2011-7
6	Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO vom 10.08.2011 (Eingang 25.08.2011) betr. aktuelle Änderungsplanung für einen Teilbereich des Bebauungsplanes 220 C in Hersel	386/2011-7
7	Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO vom 25.08.2011 betr. aktuelle Änderungsplanung für einen Teilbereich des Bebauungsplanes 220 C in Hersel	389/2011-7
8	Anregung nach § 24 GO vom 26.08.2011 betr. aktuelle Änderungsplanung für einen Teilbereich des Bebauungsplanes 220 C in Hersel	390/2011-7
9	Anregung nach § 24 GO vom 22.08.2011 betr. Link-/Wegeführung im Rahmen des Projektes Grünes C im Bereich des Bebauungsplangebietes 220 C in Hersel	380/2011-7
10	1. Änderung des Flächennutzungsplanes in der Ortschaft Hersel, Aufstellungsbeschluss und Beschluss zur frühzeitigen Bürgerbeteiligung	422/2011-7
11	2. Änderung des Bebauungsplanes Ro 18 in der Ortschaft Hersel, Aufstellungsbeschluss und Beschluss zur frühzeitigen Bürgerbeteiligung	423/2011-7
12	Bebauungsplan Ro 20 in der Ortschaft Roisdorf; Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung; Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit	345/2011-7
13	Bebauungsplan Ro 15, 2. Änderung in der Ortschaft Roisdorf; Beschluss zu den Stellungnahmen aus der Offenlage und Beschluss zur erneuten Offenlage	411/2011-7

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
14	Bebauungsplan Se 50 in der Ortschaft Sechtem; Einleitungsbeschluss	440/2011-7
15	2. Änderung der Satzung der Stadt Bornheim zur Erhebung von Elternbeiträgen in Tageseinrichtungen für Kinder	374/2011-4
16	3. Änderung der Satzung der Stadt Bornheim zur Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der "Offenen Ganztagsschule" im Primarbereich	375/2011-4
17	Übernahme einer Ausfallbürgschaft	338/2011-2
18	Zustimmung zu Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen im Haushaltsjahr 2011 für die Produktgruppen 1.11.01 Elektrizitätsversorgung und 1.11.02 Gasversorgung	410/2011-2
19	Kreditgenehmigung 2010 und Ermächtigungsübertragungen in das Haushaltsjahr 2011	331/2011-2
20	Änderung der Haushaltssatzung der Stadt Bornheim für das Haushaltsjahr 2011	363/2011-2
21	Wahl der Mitglieder und stv. Mitglieder des Verwaltungsrates des Stadtbetriebs Bornheim - AöR	325/2011-1
22	Ergänzungswahlen zu verschiedenen Ausschüssen	401/2011-1
23	Antrag der FDP-Fraktion vom 05.09.2011 betr. Evaluierung der Ehrenamtskarte	419/2011-1
24	Mitteilung betr. Förderaktivitäten der Kreissparkasse Köln in der Stadt Bornheim	344/2011-1
25	Mitteilung betr. Beschluss des Kreistages des Rhein-Sieg-Kreises über die Stellungnahmen der kreisangehörigen Kommunen zum Entwurf der Haushaltssatzung 2011/2012 des Rhein-Sieg-Kreises	371/2011-2
26	Mitteilung betr. Förderung zur Sicherung des Bodendenkmals "villa rustica" in Bornheim (Botzdorf)	392/2011-7
27	Mitteilungen mündlich	
28	Anfragen mündlich	
29	Fortführung des Auswahlverfahrens zur Neuvergabe der Strom- und Gaskonzession in der Stadt Bornheim sowie Neuregelung der Betriebsführung Wasser/Abwasser	326/2011-2
36	Antrag der FDP-Fraktion vom 29.09.2011 auf Durchführung einer aktuellen Stunde zum Thema "Bürger-Solaranlage"	454/2011-SBB

Vor Eintritt in die Tagesordnung (der gesamten Sitzung)

Bürgermeister Wolfgang Henseler eröffnet die Sitzung des Rates der Stadt Bornheim, stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen worden ist und dass der Rat beschlussfähig ist.

Der Rat beschließt auf Vorschlag des Bürgermeisters,

1. den Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde nach Tagesordnungspunkt 1 zu behandeln,

2. die Tagesordnungspunkte 4 -9 zusammen zu behandeln,

3. den Tagesordnungspunkt 21 von der Tagesordnung abzusetzen und

4. den Tagesordnungspunkt 29 der nicht öffentlichen Sitzung in öffentlicher Sitzung nach Tagesordnungspunkt 16 zu behandeln.

Stimmenverhältnis:
- Einstimmig -

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in folgender Reihenfolge behandelt:
TOP 1, 36, 2-16, 29, 17-20, 22-28.

	Öffentliche Sitzung	
1	**Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin**	

VA Altaner ist bereits zur Schriftführerin bestellt.

2	**Einwohnerfragestunde**	

Die Einwohnerfragestunde entfällt, da keine Fragen vorliegen.

3	**Entgegennahme der Niederschrift über die Sitzung Nr. 39/2011 vom 21.07.2011**	

Beschluss:
Der Rat erhebt gegen den Inhalt der Niederschrift über die Sitzung Nr. 39/2011 vom 21.07.2011 keine Einwände.

- Einstimmig -

Die Tagesordnungspunkte 4 – 9 wurden zusammen behandelt.

4	**Bebauungsplan 220 C (Ortsteil Hersel), 2. Änderung und 1. Erweiterung; Offenlagebeschluss**	**289/2011-7**

Beschluss:
Der Rat beschließt,

1. zu den eingegangenen Stellungnahmen und der Einwohnerversammlung im Rahmen der Unterrichtung der Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung gemäß § 13a (3) BauGB zum Gestaltungsplanentwurf des Bebauungsplanes Bornheim 220 C (Ortschaft Hersel), 2. Änderung und 1. Erweiterung die folgenden Stellungnahmen der Stadt Bornheim,

2. das Plangebiet um den Bereich an der Oderstraße zu reduzieren,

3. die Grünfläche Ecke Ruhrstraße/Grüner Weg aus dem Bebauungsplan herauszunehmen und für die Grünflächenpflege nach Paten zu suchen,

4. den Spielplatz an der Oderstraße aufzugeben und das Grundstück einer Bebauung zuzuführen,

5. den vorliegenden Entwurf des Bebauungsplanes 220 C, 2. Änderung und 1. Erweiterung, mit den unter Punkt 3 und 4 beschlossenen und eingearbeiteten Änderungen einschließlich der an den Beschlüssen angepassten vorliegenden textlichen Festsetzungen sowie der an die Beschlüsse angepasste vorliegenden Begründung gemäß § 3 (2) BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

- Einstimmig -

Die Tagesordnungspunkte 4 – 9 wurden zusammen behandelt.

5	**Bebauungsplan 220 C (Ortsteil Hersel), 3. Änderung und 2. Erweiterung;- Einleitung und Offenlage**	**408/2011-7**

Beschluss:

Der Rat beschließt,

1. zu den eingegangenen Stellungnahmen und der Einwohnerversammlung im Rahmen der Unterrichtung der Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung gemäß § 13a (3) BauGB zum Gestaltungsplanentwurf des Bebauungsplanes Bornheim 220 C (Ortschaft Hersel), 2. Änderung und 1. Erweiterung die vorliegenden Stellungnahmen der Stadt Bornheim,

2. das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes 220 C, 3. Änderung und 2. Erweiterung in der Ortschaft Bornheim gem. § 13a BauGB einzuleiten, von der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteilung abzusehen und auf die Durchführung einer Umweltprüfung zu verzichten,

3. den vorliegenden Entwurf des Bebauungsplanes 220 C, 3. Änderung und 2. Erweiterung zwischen der Rheinstraße, der Oderstraße und der angrenzenden landwirtschaftlichen Flächen einschließlich der vorliegenden textlichen Festsetzungen sowie der vorliegenden Begründung gemäß § 3 (2) BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

- Einstimmig -

Die Tagesordnungspunkte 4 – 9 wurden zusammen behandelt.

6	**Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO vom 10.08.2011 (Eingang 25.08.2011) betr. aktuelle Änderungsplanung für einen Teilbereich des Bebauungsplanes 220 C in Hersel**	**386/2011-7**

Beschluss:

Der Rat nimmt die Ausführungen des Bürgermeisters zur Kenntnis und bezieht die Bürgeranträge bei der Beratung mit ein.

- Einstimmig -

Die Tagesordnungspunkte 4 – 9 wurden zusammen behandelt.

7	**Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO vom 25.08.2011 betr. aktuelle Änderungsplanung für einen Teilbereich des Bebauungsplanes 220 C in Hersel**	**389/2011-7**

Beschluss:

Der Rat nimmt die Ausführungen des Bürgermeisters zur Kenntnis und bezieht die Bürgeranträge bei der Beratung mit ein.

- Einstimmig -

Die Tagesordnungspunkte 4 – 9 wurden zusammen behandelt.

8	**Anregung nach § 24 GO vom 26.08.2011 betr. aktuelle Änderungsplanung für einen Teilbereich des Bebauungsplanes 220 C in Hersel**	**390/2011-7**

Beschluss:

Der Rat nimmt die Ausführungen des Bürgermeisters zur Kenntnis und bezieht die Bürgeranträge bei der Beratung mit ein.

- Einstimmig -

Die Tagesordnungspunkte 4 – 9 wurden zusammen behandelt.

9	**Anregung nach § 24 GO vom 22.08.2011 betr. Link-/Wegeführung im Rahmen des Projektes Grünes C im Bereich des Bebauungsplangebietes 220 C in Hersel**	**380/2011-7**

Beschluss:
Der Rat nimmt die Ausführungen des Bürgermeisters zur Kenntnis und bezieht die Bürgeranträge bei der Beratung mit ein.

- Einstimmig -

10	**1. Änderung des Flächennutzungsplanes in der Ortschaft Hersel, Aufstellungsbeschluss und Beschluss zur frühzeitigen Bürgerbeteiligung**	**422/2011-7**

Beschluss:
Der Rat beschließt,

1. das Verfahren zur Aufstellung der 1. Änderung des Flächennutzungsplanes gemäß § 2 BauGB einzuleiten. Das Plangebiet liegt in der Ortschaft Hersel im Gewerbepark Bornheim-Süd und grenzt im Nordwesten an die Herseler Straße (L118) und im Nord- und Südosten an die Alexander-Bell-Straße.

2. die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB mit dem vorliegenden Planvorentwurf und der vorliegenden Begründung,

3. die Planung für die Dauer von 4 Wochen öffentlich auszulegen und auf eine Einwohnerversammlung zu verzichten.

- Einstimmig -

11	**2. Änderung des Bebauungsplanes Ro 18 in der Ortschaft Hersel, Aufstellungsbeschluss und Beschluss zur frühzeitigen Bürgerbeteiligung**	**423/2011-7**

Beschluss:
Der Rat beschließt,

1. das Verfahren zur Aufstellung der 2. Änderung des Bebauungsplanes Ro 18 in der Ortschaft Hersel gemäß § 2 BauGB einzuleiten. Das Plangebiet liegt in Hersel im Gewerbepark Bornheim-Süd und grenzt im Nordwesten an die Herseler Straße (L118) und im Nord- und Südosten an die Alexander-Bell-Straße.

2. die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB mit dem vorliegenden Planvorentwurf, den vorliegenden textlichen Festsetzungen und der vorliegenden Begründung,

3. die Planung für die Dauer von 4 Wochen öffentlich auszulegen und auf eine Einwohnerversammlung zu verzichten.

- Einstimmig -

12	**Bebauungsplan Ro 20 in der Ortschaft Roisdorf; Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung; Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit**	**345/2011-7**

Beschluss:
Der Rat beschließt,

1. zu den Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB sowie der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB zum Entwurf des Bebauungsplanes Ro 20 die folgenden Stellungnahmen,

2. das Plangebiet im Bereich der Straßenverkehrsfläche Rosental um kleine Teile der Flurstücke Nr. 121 und Nr. 518 (Gemarkung Roisdorf, Flur 24) zu erweitern,

3. den vorliegenden Entwurf des Bebauungsplanes Ro 20 einschließlich der vorliegenden textlichen Festsetzungen sowie der vorliegenden Begründung einschließlich Umweltbericht (als Teil der Begründung) gemäß § 3 (2) BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

- Einstimmig -

13	**Bebauungsplan Ro 15, 2. Änderung in der Ortschaft Roisdorf; Beschluss zu den Stellungnahmen aus der Offenlage und Beschluss zur erneuten Offenlage**	**411/2011-7**

Beschluss:

Der Rat beschließt:

1. zu den Stellungnahmen während der öffentlichen Auslegung nach § 3 (2) BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 (2) BauGB zum Entwurf des Bebauungsplans Ro 15, 2 Änderung die vorliegenden Beschlussvorschläge,

2. den vorliegenden 2. Entwurf sowie die vorliegenden geänderten Textlichen Festsetzungen des Bebauungsplans Ro 15, 2. Änderung einschl. der geänderten Begründung für die Dauer von 2 Wochen nach § 3 (2) und § 4a (3) BauGB erneut öffentlich auszulegen.

- Einstimmig -

14	**Bebauungsplan Se 50 in der Ortschaft Sechtem; Einleitungsbeschluss**	**440/2011-7**

Beschluss:

Der Rat

1. beschließt, auf Grundlage der - als Anlage zum Sachverhalt beigefügten - Übersichtskarte für den Bereich zwischen Kämpchenweg, Linowskistraße, Lüddigstraße und Pickelsgasse gemäß § 13a BauGB die Aufstellung des Bebauungsplans Se 50,

2. beauftragt den Bürgermeister, für den Bebauungsplan Se 50 in der Ortschaft Sechtem einen Entwurf für die Offenlage zu erarbeiten.

3. den Bürgermeister zu beauftragen, mit den Eigentümern zu verhandeln (auf eine gütige Einigung hinzuwirken) und dem Ausschuss das Ergebnis bis Ende diesen Jahres mitzuteilen.

- Einstimmig -

15	**2. Änderung der Satzung der Stadt Bornheim zur Erhebung von Elternbeiträgen in Tageseinrichtungen für Kinder**	**374/2011-4**

Beschluss:
Der Rat beschließt folgende Satzung:

2. Satzung vom ……. zur Änderung der Satzung der Stadt Bornheim zur Erhebung von Elternbeiträgen in Tageseinrichtungen für Kinder vom 21.02.2008

Der Rat der Stadt Bornheim hat in seiner Sitzung am ……. 2011 aufgrund der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S.666/ SGV NRW 2023) zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Mai 2011 (GV. NRW.S.270), des § 90 Abs. 1 Sozialgesetzbuch VIII in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3134) sowie des § 23 des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern – Kinderbildungsgesetz - KiBiz- vom 25.Oktober 2007 (GV.NRW S.462/SGV NRW 216) folgende 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Bornheim zur Erhebung von Elternbeiträgen in Tageseinrichtungen für Kinder vom 21.02.2008 beschlossen:

Artikel I

§ 6 Abs. 1 erhält folgende neue Fassung:

„Wenn zwei oder mehr Kinder derselben Beitragspflichtigen gleichzeitig eine Tageseinrichtung für Kinder besuchen, ein Angebot der Offenen Ganztagsschule oder Leistungen der Kindertagespflege in Anspruch nehmen, wird für das zweite Kind ein Beitrag von 25% erhoben. Für das dritte und alle weiteren Kinder wird kein Beitrag erhoben.
Ergeben sich ohne die zuvor genannte Beitragsbefreiung unterschiedlich hohe Elternbeiträge, so gilt als 1. Kind das Kind, das sich in der Betreuungsform mit dem höchsten Beitrag befindet.
Die Beitragsermäßigung gilt auch dann, wenn sie mit der Beitragsbefreiung für das letzte Kindergartenjahr nach dem Kinderbildungsgesetz zusammentrifft.“

Artikel II

Diese Satzung tritt rückwirkend zum 01.08.2011 in Kraft.

- Einstimmig -

16	**3. Änderung der Satzung der Stadt Bornheim zur Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der "Offenen Ganztagsschule" im Primarbereich**	**375/2011-4**

Beschluss:
Der Rat beschließt folgende Satzung:

3. Satzung vom ……. zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der "Offenen Ganztagsschule“ im Primarbereich vom 22.05.2007

Der Rat der Stadt Bornheim hat in seiner Sitzung am ……. 2011 aufgrund der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S.666/ SGV NRW 2023) zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Mai 2011 (GV. NRW.S.270), folgende 3. Satzung zur Änderung der

Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der „Offenen Ganztagsschule“ im Primarbereich der Stadt Bornheim vom 22.05.2007 beschlossen:

Artikel I

§ 3 Abs. 2 erhält folgende neue Fassung:

„Wenn zwei oder mehr Kinder derselben Beitragspflichtigen gleichzeitig ein Angebot der Offenen Ganztagsschule oder eine Tageseinrichtung für Kinder besuchen oder Leistungen der Kindertagespflege in Anspruch nehmen, wird für das zweite Kind ein Beitrag von 25% erhoben. Für das dritte und alle weiteren Kinder wird kein Beitrag erhoben. Ergeben sich ohne die zuvor genannte Beitragsermäßigung unterschiedlich hohe Elternbeiträge, so gilt als 1. Kind das Kind, das sich in der Betreuungsform mit dem höchsten Beitrag befindet.

Die Beitragsermäßigung gilt auch dann, wenn sie mit der Beitragsbefreiung für das letzte Kindergartenjahr nach dem Kinderbildungsgesetz zusammentrifft.“

Artikel II

Diese Satzung tritt rückwirkend zum 01.08.2011 in Kraft.

- Einstimmig -

17	**Übernahme einer Ausfallbürgschaft**	**338/2011-2**

Beschluss:
Der Rat beschließt zugunsten der Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH Bornheim eine Ausfallbürgschaft von 9 Mio. € für Kredite einschließlich Zinsen und Kosten zur Sicherung der Liquidität der Gesellschaft zu übernehmen.

- Einstimmig -
bei 1 Stimmenthaltung (Breuer)
(ohne Mitwirkung des RM Hartmann gem. § 31 GO.)

18	**Zustimmung zu Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen im Haushaltsjahr 2011 für die Produktgruppen 1.11.01 Elektrizitätsversorgung und 1.11.02 Gasversorgung**	**410/2011-2**

Beschluss:
Der Rat stimmt gem. § 83 GO überplanmäßigen Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen innerhalb der Produktgruppen 1.11.01 -Elektrizitätsversorgung- in Höhe von 72.382 € und 1.11.02 -Gasversorgung- in Höhe von 69.523 € zu.
Die Deckung wird gewährleistet durch Mehrerträge und Mehreinzahlungen innerhalb der Produktgruppe 1.16.01 -Allgemeine Finanzwirtschaft-.

- Einstimmig -

19	**Kreditgenehmigung 2010 und Ermächtigungsübertragungen in das Haushaltsjahr 2011**	**331/2011-2**

Beschluss:
Der Rat beschließt die - in der Anlage zur Sitzungsvorlage im einzelnen unter Angabe der Rechtsgrundlage sowie der finanziellen Auswirkungen aufgeführten - Ermächtigungsübertragungen in das Haushaltsjahr 2011.

- Einstimmig -
bei 1 Stimmenthaltung (Breuer)

20	Änderung der Haushaltssatzung der Stadt Bornheim für das Haushaltsjahr 2011	363/2011-2

Beschluss:

Der Rat beschließt,

1. die Änderung der Dringlichkeitsliste (Prioritätenliste) 2011
2. den Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, auf 1.825.788 EUR festzusetzen und
3. die Haushaltssatzung der Stadt Bornheim für das Haushaltsjahr 2011 wie folgt zu ändern:

Haushaltssatzung der Stadt Bornheim für das Haushaltsjahr 2011

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666 / SGV NW 2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 2009 (GV. NRW S. 950), hat der Rat der Stadt Bornheim mit Beschluss vom 24.02.2011 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der **Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2011,** der die für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird
im **Ergebnisplan** mit Gesamtbetrag der Erträge auf **67.088.248 EUR** und Gesamtbetrag der Aufwendungen auf **86.396.185 EUR** festgesetzt,
im **Finanzplan** mit Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf **65.555.065 EUR** und Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf **79.218.250 EUR** festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit wird auf **7.907.904 EUR** und Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf **9.631.400 EUR** festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der **Kredite, deren Aufnahme für Investitionen** erforderlich ist, wird auf **1.825.788 EUR** festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der **Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf **6.355.675 EUR** festgesetzt.

§ 4

Die **Verringerung der allgemeinen Rücklage** zum Ausgleich des Ergebnisplanes wird auf **19.307.937 EUR** festgesetzt.

§ 5

Der **Höchstbetrag der Kredite**, die **zur Liquiditätssicherung** in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **45.000.000 EUR** festgesetzt.

§ 6

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** sind mit Hebesatzsatzung vom 11.06. 2010 wie folgt festgesetzt worden:

1. **<u>Grundsteuer</u>**
   1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe **(Grundsteuer A)** auf 260 v. H.
   1.2 für die Grundstücke **(Grundsteuer B)** auf 430 v. H.

2. **<u>Gewerbesteuer</u>** auf 440 v. H.

§ 7

Nach dem Haushaltssicherungskonzept kann der Haushaltsausgleich im Zeitraum der mittelfristigen Finanz- und Ergebnisplanung nicht hergestellt werden.

§ 8

Die Wertgrenze nach § 4 Abs. 4 Satz 2 Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW) für die Einzelausweisung von Investitionsmaßnahmen wird auf 100.000 € festgelegt; wobei Baumaßnahmen unabhängig von ihrem Kostenvolumen einzeln auszuweisen sind.

Die Wertgrenze nach § 14 Abs. 1 GemHVO NRW als Voraussetzung zur Veranschlagung von Investitionsmaßnahmen im Haushaltsplan wird für Baumaßnahmen auf 100.000 € und für Anschaffungen auf 5.000 € festgelegt.

Auszahlungserhöhungen um mehr als 10 %; mindestens aber um 25.000 € bei einer Einzelmaßnahme gelten im Sinne des § 24 Abs. 2 GemHVO NRW als nicht nur geringfügig.

- Einstimmig -
bei 1 Stimmenthaltung (Breuer)

21	**Wahl der Mitglieder und stv. Mitglieder des Verwaltungsrates des Stadtbetriebs Bornheim - AöR**	**325/2011-1**

- abgesetzt -

22	**Ergänzungswahlen zu verschiedenen Ausschüssen**	**401/2011-1**

<u>Beschluss:</u>
Der Rat beschließt,

1. im **Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften** die Anzahl der Ratsmitglieder von bisher 15 RM auf 16 RM zu erhöhen und die Anzahl der sachkundigen Bürger/innen von bisher 8 SKB auf 7 SKB zu vermindern.

Die **Ratsmitglieder** wählen aufgrund eines einheitlichen Wahlvorschlages

2. RM **Ursula Nipps**, Merten, CDU-Fraktion, anstelle des ausgeschiedenen sachkundigen Bürgers Raimund Meyer zum Mitglied in den **Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften,**

3. RM **Petra Heller**, Merten, CDU-Fraktion, anstelle von RM Ursula Nipps zum Mitglied in den **Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss,**

4. RM **Ursula Nipps,** Merten, CDU-Fraktion, anstelle von RM Petra Heller zum stv. Mitglied in den **Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss**, und zwar einrückend in die alphabetische Reihenfolge der stv. Mitglieder der CDU-Fraktion,

5. in den **Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel** <u>zur Vertretung der städtischen Schulen gem. § 85 des Schulgesetzes NRW</u>

   Frau **Uta Will** als beratendes Mitglied <u>für die Förder-/Verbundschule</u> anstelle

der zum 01.08.2011 ausgeschiedenen Frau Gisela Rothkegel.

- Einstimmig -

23	**Antrag der FDP-Fraktion vom 05.09.2011 betr. Evaluierung der Ehrenamtskarte**	**419/2011-1**

Beschluss:
Der Rat beauftragt den Bürgermeister, über die bisherigen Erfahrungen betreffend der Ehrenamtskarte zu berichten, die Überlegungen für die Weiterführung des Projektes darzustellen und dabei die im Antrag gestellten Fragen mit zu berücksichtigen.

- Einstimmig -

24	**Mitteilung betr. Förderaktivitäten der Kreissparkasse Köln in der Stadt Bornheim**	**344/2011-1**

- Kenntnis genommen -

Zusatzfrage von AM Stadler
Könnte es sein, dass diese Gelder auch über die Kontoführungsgebühren der KSK entstehen?
Antwort:
Das glaubt die Verwaltung nicht.

25	**Mitteilung betr. Beschluss des Kreistages des Rhein-Sieg-Kreises über die Stellungnahmen der kreisangehörigen Kommunen zum Entwurf der Haushaltssatzung 2011/2012 des Rhein-Sieg-Kreises**	**371/2011-2**

- Kenntnis genommen -

26	**Mitteilung betr. Förderung zur Sicherung des Bodendenkmals "villa rustica" in Bornheim (Botzdorf)**	**392/2011-7**

- Kenntnis genommen -

27	**Mitteilungen mündlich**	

des Ersten Beigeordneten Herrn Schier betr. Entwicklung des Gewerbegebietes Roisdorf

Zusatzfrage von AM Stadler
Kann gesagt werden, wie viele Arbeitsplätze dort zusätzlich entstehen werden?
Antwort:
Je Betrieb werden zwischen 2 und 25 Arbeitsplätze geschaffen.
Einige der Unternehmen nutzen die Möglichkeit mit ihren Arbeitsplätzen überzusiedeln, auf der anderen Seite nutzen sie aber auch die Möglichkeit der Expansion und bilden zusätzliche Arbeitsplätze.

des Bürgermeisters Herrn Henseler

1. Einladung zum Deutschlandtag/NRW-Tag am 01.-03. Oktober 2011 auf die Hofgartenwiese, wo sich unter anderem die Stadt Bornheim präsentiert

2. Einladung zum Chorfestival am 16.Oktober 2011 ab 13 Uhr

28	**Anfragen mündlich**	

von RM Müller
1. Kann man den Film nicht ins Internet stellen?
Antwort:
Der Film soll auf die Internetseite der Stadt Bornheim gesetzt werden.
2. Soll in Merten ein Rettungsstützpunkt der Malteser eingerichtet werden?
Antwort:
Dies wird geprüft.
Antwort des Fachbereichs:
Nach Auskunft des Geschäftsführers des Malteser Hilfsdienstes Herrn Zavelberg gibt es zur Zeit keine Planungen zu einem Malteserstützpunkt in Merten.

von RM Jaritz betr. Pestizidbehandlung der Felder in Rösberg/Merten; Abmahnung der Landwirte
Ist der Verwaltung bekannt, dass vom Theisenkreuzweg bis zum Ende in die Felder hinein, die Landwirte großflächig ihre Felder derart mit Pestiziden behandelt haben, dass die Felder gelb/braun sind und kann dies überprüft werden?
Antwort:
Die Anregung wird aufgenommen und im Fachausschuss darüber berichtet.

von RM Koch betr. Dichtigkeitsprüfung
Gibt es bezüglich der Frage, ob die Bürger ihre Kanäle bis zur Grundstücksgrenze oder bis zum Anschluss an den Hauptkanal sanieren müssen, neue Erkenntnisse aus dem Gespräch mit der Regionalgas?
Antwort:
In den nächsten Tagen erfolgt dazu eine Mitteilung.

29	**Fortführung des Auswahlverfahrens zur Neuvergabe der Strom- und Gaskonzession in der Stadt Bornheim sowie Neuregelung der Betriebsführung Wasser/Abwasser**	**326/2011-2**

Beschluss:
1. Nach Durchführung umfangreicher Machbarkeitsstudien und den daraus gewonnenen Erkenntnissen im Rahmen der anstehenden Neuvergabe der Strom- und Gaskonzession für das Stadtgebiet Bornheim

   - erachtet der Rat die weitere Prüfung möglicher Rekommunalisierungsoptionen im Konzessionierungsverfahren für sinnvoll,

   - beauftragt der Rat den Bürgermeister mit der Fortführung des Auswahlverfahrens zur Neuvergabe der Strom- und Gaskonzession. Hierunter kann die Einbeziehung der Prüfung von Rekommunalisierungsoptionen bzw. -angeboten zur Konzessionierung eines städtischen Unternehmens oder zur Eingehung einer gesellschaftsrechtlichen Kooperation zur Gründung einer gemeinsamen Netzgesellschaft mit einem oder mehreren qualifizierten Energieversorgungsunternehmen fallen.

2. Der Rat beauftragt den Bürgermeister, ein Konzept für die Betriebsführung Wasser/Abwasser in Bornheim für die Zeit ab dem 01.01.2013 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
39 Stimme/n für den Beschluss (CDU tw., SPD, B90/Grüne, FDP, UWG, BM)
1 Stimme/n gegen den Beschluss (CDU tw.)
1 Stimmenthaltung/en (Breuer)
(ohne Mitwirkung des RM Hartmann gem. § 31 GO.)

AM Kuhl erklärt zu seinem Abstimmungsverhalten, dass er dem Beschlussentwurf nicht folgen kann, da er Bedenken hat, dass die Stadt hier einen Fehler macht, weil der nun beschlossene Weg in dieser Reihenfolge nicht richtig sei, keine genaue Zieldefinierung habe und seine Fragen noch nicht abschließend beantwortet sind.

36	**Antrag der FDP-Fraktion vom 29.09.2011 auf Durchführung einer aktuellen Stunde zum Thema "Bürger-Solaranlage"**	**454/2011-SBB**

Der Antrag der FDP-Fraktion, das Thema zur weiteren Beratung an den Verwaltungsrat des SBB zu verweisen, wird mit einem Stimmenverhältnis von
14 Stimmen für den Antrag (SPD, FDP)
26 Stimmen gegen den Antrag (CDU, B 90/Die Grünen, , UWG)
02 Stimmenthaltungen (BM, Breuer)
abgelehnt.

Beschluss:
Der Rat beschließt nach Abschluss der Erörterung, dass die Angelegenheit erledigt ist.

Abstimmungsergebnis:

27	Stimme/n für den Beschluss	(CDU, B90/Grüne, UWG, BM)
14	Stimme/n gegen den Beschluss	(SPD, FDP)
1	Stimmenthaltung	(Breuer)

Ende der Sitzung: 19:30 Uhr

gez. Wolfgang Henseler
Bürgermeister

gez. Petra Altaner
Schriftführung